Neuer Konflikt mit Foch

Unerhörte wirtschaftliche Forderungen. — Der französische Vertreter bricht die Verhandlungen ab.

⊙ **Berlin**, 20. Dezember. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Franzosen haben unerhörte neue wirtschaftliche Forderungen an die Waffenstillstandskommission gestellt. Sie verlangen nicht mehr und nicht weniger, als daß das arme und gemarterte Deutschland, das an allem Mangel leidet, die Hüttenwerke und Fabriken in Elsaß-Lothringen und des „benachbarten Gebietes" mit Kohlen und Rohstoffen versorgt. Die Forderungen der Franzosen sind in 31 Artikeln und 36 Paragraphen niedergelegt. Angefordert werden für die Eisenerzeugung in den genannten Gebieten aus den rechtsrheinischen Kohlenrevieren täglich 105 000 Tonnen Koks, die im wesentlichen mit der Eisenbahn herbeigeführt und für die Eisenerzeugung dienen sollen. Für die anderen Werke der betreffenden Gebiete sollen die notwendigen Koks- und Kohlenmengen von 35 000 Tonnen täglich auf dem Wasserwege geliefert werden. Dazu kommen noch Kohlenlieferungen für die Besatzungstruppen. Eine zeitliche Beschränkung dieser Kohlenlieferung ist in den französischen Forderungen nicht enthalten. Eine solche Beschränkung war lediglich für die außerdem verlangte Lieferung von monatlich 9000 Tonnen Reinmangan oder 102 500 Tonnen achtprozentigen Mangenerzen festgesetzt, und zwar sollten diese Lieferungen bis zu einem von der französischen Regierung zu bestimmenden Zeitpunkt erfolgen.

Außerdem verlangt die französische Vertretung die Lieferung von Fabrikaten und Material und die Rückerstattung „des den Werken entnommenen Materials, welches unentbehrlich für ihren ordentlichen Betrieb ist". Auf Grund dieser Forderungen soll die deutsche Regierung alle Bestellungen auf Ersatzstücke und mechanisches Material ausführen und liefern lassen, welche ihr durch Vermittlung des Comptoire des Chambres de Commerce d'Alsace et Lorraine für den Unterhalt oder die Verbesserung der Einrichtungen und des Materials der Hüttenwerke in den oben erwähnten Gebieten aufgegeben würden, die Maschinen deutscher Herkunft besitzen.

Die deutsche Regierung sollte außerdem der interalliierten Waffenstillstandskommission schleunigst alle offiziellen oder privaten Aufzeichnungen über diese Gegenstände und die darauf bezüglichen Verträge übermitteln. Beauftragte der französischen Regierung sollten in Deutschland an Ort und Stelle diejenigen Feststellungen und Nachprüfungen vornehmen, die zweckdienlich sein dürften. Damit wäre natürlich jeder Handelsspionage Tür und Tor geöffnet.

Im Falle der Nichtbefolgung dieser drakonischen Vorschriften wurde in der französischen Wunschliste „sofortige Anordnung von Gegenmaßnahmen" angedroht. Für die Vorlage der verlangten Auskünfte wurde eine Frist von acht Tagen festgesetzt. Bei Ueberschreitungen dieser Frist wurden gleichfalls besondere Gegenmaßnahmen angedroht mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß weitere Maßnahmen, die als erforderlich erachtet würden, dadurch nicht vorgegriffen würde. Wie überhaupt diese „Rückerstattung" gefordert würde „unter Vorbehalt aller etwaigen späteren Ansprüche, jedweder Regelung, Entschädigung, Strafe, Repressalien usw., die sich auf diese Annahme oder ihre Folgen bezieht".

Die deutsche Wirtschaftskommission erklärte sich trotz der schroffen Einseitigkeit dieser Forderungen zu einer Erörterung nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit bereit. Der französische Oberst Mercier, der von der Gegenseite als Sachverständiger entsandt war, brach jedoch die Verhandlungen brüsk ab, indem er die Antwort der deutschen Waffenstillstandskommission als Ablehnung dieser Forderungen erklärte. Er verließ darauf Spa.

Der Abtransport der französischen Gefangenen

Berlin, 20. Dezember. (Drahtbericht.) In der letzten Sitzung der Gefangenenkommission in Spa erklärte der französische Vorsitzende, daß die Gefangenen so schnell wie möglich abbefördert werden müssen, z. B. in Sammellager am Rhein, während die Entente die Verpflegung übernimmt. Der Vertreter des Kriegsministeriums hielt die Ausführung infolge der augenblicklichen Verkehrslage für schwierig. Der Abtransport über Holland und die Nord- und Ostseehäfen habe schon mehrere Tage unterbrochen werden müssen. Die Gestellung von Eisenbahnmaterial hierfür wird französischerseits abgelehnt. Der deutsche Vorsitzende erinnert an den schon vor einem Monat erfolgten Hinweis auf die drohenden Ernährungsschwierigkeiten. Eine Milderung der Blockade sei auch im Interesse der Gefangenen geboten. Auch dies wurde verweigert.

Verschärfung der Verkehrssperre im Westen?

Berlin, 20. Dezember. (Drahtbericht.) Der Vertreter der deutschen Regierung hat an den Vorsitzenden der interalliierten Waffenstillstandskommission folgende Note gerichtet: In Berlin sind Nachrichten eingelaufen, wonach die Sperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland verschärft worden sein soll. Antragsgemäß erbitte ich Aufklärung.

* * *

Berlin, 20. Dezember. (Drahtbericht.) Auf deutsches Drängen wurde die französische Grenzsperre über Elsaß-Lothringen für die demobilisierten Elsaß-Lothringer am 14. Dezember aufgehoben. Die demobilisierten Elsaß-Lothringer können daher jetzt in die Heimat zurückkehren.

Deutsche Rückzahlungen an Belgien

Haag, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Korrespondent des Amsterdamer „Telegraf" meldet: Durch die Waffenstillstandsbedingungen ist Deutschland bekanntlich die Verpflichtung auferlegt worden, an die Nationalbank in Brüssel alle diejenigen Gelder zurückzuzahlen, die die Deutschen während der Okkupationszeit verschleppt haben. Es handelt sich um 1½ Milliarden Franken. Mit der Rückzahlung des Betrages ist jetzt begonnen worden. Wöchentlich trifft eine Deputation aus Köln mit einer gewissen Anzahl Millionen ein. Bis jetzt sind 800 Millionen eingezahlt. Der Gesamtbetrag muß bis zum 18. Januar eingezahlt sein.

Die Vorbereitung der Friedenskonferenz

Chiasso, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der schweizerische Preßtelegraph meldet aus Mailand: Wie die Blätter melden, wird der Friedenskonferenz eine neue interalliierte Ministerkonferenz vorangehen, die Anfang Januar am Quai d'Orsay stattfindet. Zu dieser Konferenz wird jede Großmacht vier oder 5 bevollmächtigte Vertreter entsenden.

* * *

London, 20. Dezember. (Drahtbericht.) Die Arbeiterpartei wird am 2. Januar in der Alberthall eine große Demonstrationsversammlung zugunsten der sofortigen Errichtung eines Völkerbundes als wesentlichen Teil des Friedensvertrages veranstalten. Aehnliche Demonstrationen werden am 5. Januar in anderen Städten stattfinden. Die Partei schlägt vor, dem Präsidenten Wilson während seiner Anwesenheit in London eine Adresse zu überreichen.

Die französischen Kriegsschäden

Genf, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die französische Kammer nahm die Erörterung über den Gesetzentwurf betreffend die Kriegsschäden wieder auf. Der Berichterstatter der Budgetkommission Louis Dubois, der eine Rundreise in die verwüsteten Gebiete unternommen hatte, legte der Kammer einen Bericht über den Umfang der angerichteten Schäden vor. Darin heißt es u. a.: In Reims sind von 14 000 Häusern 12 000 vernichtet, insgesamt wird die Zahl der im ganzen Gebiet Nordfrankreichs vernichteten Gebäude auf 200 000 bis 250 000 geschätzt. Die Ackerbodenfläche, die eine ganze Zeit für den Ackerbau nicht verwendbar sein wird, wird auf 100 000 Hektar geschätzt. Ueber die vernichteten Vermögenswerte macht Dubois folgende Angaben: Zerstörung an Wohnhäusern 20 Milliarden, Zerstörung an Mobiliaren 5 Milliarden, Verwüstung des Ackerbodens und Verlust an Vieh 10 Milliarden, Verluste der Industrie 20 Milliarden, zerstörte öffentliche Unternehmen 10 Milliarden, zusammen 65 Milliarden Franken. In dieser Summe sind nicht eingeschlossen die notwendigen Wiederherstellungsarbeiten für die Straßen, ebensowenig die Verluste an historischen Bauwerken, wie die Kathedralen von Reims und Soissons. Interessant ist die Bemerkung Dubois', daß der Verbleib der Kunstwerke zum größten Teil festgestellt werden könne dank den von den Deutschen veranstalteten Katalogen und Ausstellungen. Der Berichterstatter gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Friedenskonferenz in bezug auf die Wiedergutmachung aller Schäden, namentlich der verwüsteten Gegenden Frankreichs, volle Genugtuung geben werde.

Die Schuldfrage

Interviews deutscher Industrieller.

Haag, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die „New York Times" veröffentlichen eine Reihe Interviews eines Vertreters der amerikanischen Korrespondenz mit führenden Persönlichkeiten der deutschen Hochfinanz und Industrie. Der Präsident der Berliner Handelskammer Mendelssohn sagte: „Ich habe das Vertrauen, daß das Urteil der Geschichte nicht so sein wird, daß Rußland, Frankreich und England keine Schuld am Kriege haben. Ich glaube nicht, daß es der Würde des Landes entspricht, wenn wir uns jetzt, nachdem wir den Krieg verloren haben, selbst schuldiger erklären müßten, als wir tatsächlich sind, nur damit dem feindlichen Ausland gegenüber ein besserer Eindruck erweckt wird." — Der Direktor der Siemens-Halske-Werke Dr. Stricker sagte: „Wir Deutschen sind nie besiegt worden, sondern wir haben einen Zusammenbruch durchgemacht, weil die alte Regierung vor Kriegsbeginn eine zu schwache Haltung der Sozialdemokratie gegenüber eingenommen hat. Selbst wenn ich das Urteil der Entente-Mächte als richtig erhielte, nämlich, daß sie den Krieg gewonnen hätten, so bliebe doch die Tatsache bestehen, daß nicht England, Frankreich, Italien oder Rußland den Krieg gewonnen haben, sondern Amerika. Deshalb kann auch Präsident Wilson bei der Friedenskonferenz die entscheidende Rolle spielen." Geheimrat Dr. Wiesse, Mitglied des Reichstages, sprach darüber, daß die feindlichen Mächte Deutschland zu erniedrigen versuchten. Deutschland müsse einen Frieden hinnehmen unter aktiver Beteiligung derjenigen Staaten, die nach der Ueberzeugung des überwiegenden Teils des deutschen Volkes den Krieg seit langen Jahren durch eine immer drohender werdende Einkreisungspolitik vorbereitet haben. „Eine solche Politik mußte den Krieg herbeiführen, auch dann, wenn die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers nicht der direkte Anlaß gewesen wäre. Das deutsche Volk hat den Krieg nicht herbeigeführt, und deshalb kann man es auch nicht verantwortlich dafür machen."

Die Bedeutung der Ostprovinzen für unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit

Ein Beleg für die Rolle, die gerade einzelne der östlichen Provinzen bei der Belieferung Deutschlands mit Lebens- und Futtermitteln spielen, ist in einer Zusammenstellung der ostpreußischen Landwirtschaftskammer enthalten. Danach hat Ostpreußen in der Zeit vom 1. April 1917 bis zum 31 März 1918 nicht nur den Bedarf seiner rund 2 Millionen zählenden Bevölkerung gedeckt, sondern daneben noch so bedeutende Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach den anderen Teilen des Reiches abgegeben, daß diese, unter Zugrundelegung der gegenwärtig für den Kopf der Bevölkerung geltenden Zwangsrationen, ausreichten zur Fleischversorgung von 3 621 000 Menschen, zur Kartoffelversorgung von 2 535 000 Menschen, zur Butterversorgung von 1 303 000 Menschen, zur Käseversorgung von 2 868 000 Menschen, zur Eierversorgung von 888 000 Menschen, zur Brotgetreideversorgung (mit Roggen und Weizen) von 2 287 000 bzw. 3 391 000 Menschen (Versorgung mit Roggen, Weizen, Hafer und Gerste zusammen), sowie zur Heuversorgung von 38 000 Pferden und zur Strohversorgung von 68 000 Pferden. Berücksichtigt man die absoluten Mengen der aus der Provinz 1917/18 ausgeführten Lebensmittel und ihren Wert, so ergibt sich, daß allein Ostpreußen 1917/18 zur Versorgung der übrigen Teile des Reiches mit Lebens- und Futtermitteln landwirtschaftliche Erzeugnisse im Werte von mindestens 301,6 Mill. Mark beigesteuert hat. In einer ähnlichen Lage befinden sich auch die anderen Ostprovinzen Posen, Westpreußen und Schlesien. Will Deutschland sich vor dauernder wirtschaftlicher und damit politischer Abhängigkeit vom Auslande bewahren, so darf es nicht müßig zusehen, wie räuberische Nachbarn ihm diese Kornkammern unter Mißachtung früherer Verträge und der Wilsonschen Versprechungen zu entreißen suchen.

Nationaldemokraten gegen Sozialisten

Der Kampf der Parteien in Posen.

Frankfurt, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Aus Berlin erfährt die „Frkft. Ztg." von einem führenden Mitglied der bisherigen Gesandtschaft in Warschau: Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ist aus rein innerpolitischen Gründen erfolgt. Pilsudski, dessen ehrliches Bestreben es gewesen ist, in Zusammenarbeit mit Deutschland die alte deutsch-polnische Feindschaft in ein friedliches Freundschaftsverhältnis umzuwandeln, hat dem Drängen der Nationaldemokraten nachgeben müssen. Die Nationaldemokraten und die mit ihnen gehenden Gruppen regen ein Großpolen an mit etwa 34 Millionen Einwohnern, das von Meer zu Meer reichen soll. Die von Pilsudski geführte polnische sozialistische Partei betrachtet diese Expansionsbestrebungen als zu weitgehend und will sich auf eine Zusammenfassung der wirklich polnischen Landesteile mit etwa 20 Millionen Einwohnern beschränken. Unterstützt werden die Nationaldemokraten, die in Paris ihren Zentralsitz haben, durch die Franzosen. Die englische Politik unterstützt die Bestrebungen der Sozialdemokraten, und dasselbe gilt auch für Amerika, wo die Judenpogrome der Polen den schlechtesten Eindruck gemacht haben. Die Nationaldemokraten wollen den kriegerischen Konflikt, um als Alliierte am Friedenstisch erscheinen zu können und nicht mehr bloß Objekt, sondern Subjekt der Friedenskonferenz zu sein. Unter diesem Gesichtspunkt betreiben sie auch die Agitation gegen die polnische sozialistische Partei Pilsudskis, die den Krieg nicht will und den Standpunkt der Neutralität vertritt. Die Armee steht hinter Pilsudski. Die Nationaldemokraten stützen sich auf die Intellektuellen und auf Schichten, die seinerzeit der entschlafenen Deutschen Vaterlandspartei angehörten. Solange Pilsudski an der Macht bleibt, ist die Gewähr für eine ruhige Auseinandersetzung mit Deutschland gegeben und die Gefahr für eine kriegerische Verwicklung gering, vorausgesetzt, daß nicht ein allgemeiner Finanzkrach die Nationaldemokratie hoch bringt.

Frankreichs Arbeit gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs

⊙ **Berlin**, 20. Dezember. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Das Wiener „Fremdenblatt" enthält, der „Voss. Ztg." zufolge, angeblich nach Mitteilungen aus bestunterrichteter Quelle im Haag, daß vor einiger Zeit Frankreich beim deutsch-österreichischen Staat anfragen ließ, ob Deutsch-Oesterreich geneigt wäre, ein Zollbündnis mit den anderen Staaten der ehemaligen habsburgischen Monarchie einzugehen, so daß diese Staaten ein gemeinschaftliches, einheitliches Zollgebiet bilden würden. Auf diese Anfrage habe Deutsch-Oesterreich eine prinzipiell bejahende Antwort gegeben, bei dieser Gelegenheit aber darauf hingewiesen, daß Schwierigkeiten bei der Durchführung eines solchen Planes nicht mit den Deutsch-Oesterreichern, sondern bei den anderen Staaten der früheren Monarchie entstehen könnten. Der Haager Gewährsmann bezeichnet diese Mitteilung als absolut authentisch, fügt aber hinzu, daß er aus gut unterrichteter Quelle vernommen habe, daß Italien gegen diese französische Anregung, die aus der früheren Monarchie entstandenen Staaten zusammenzuschließen, protestiert habe, da sonst alle Anstrengungen, die die Italiener im Kriege gemacht hätten, vergebens gewesen seien.

Der Ehrendegen des Soldatenrates

Halle, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Soldatenrat Quedlinburg beschloß, dem dortigen Garnisonältesten General Wittje als Ersatz für den ihm bei Ausbruch der Revolution von fremden Soldaten genommenen Degen einen stets zu tragenden Ehrendegen zum Dank für die der Oeffentlichkeit in dieser schweren Zeit geleisteten Dienste zu überreichen.

⊙ **Der erste Generalquartiermeister Gröner hat sich sofort nach Annahme des Beschlusses über das Verhältnis der Soldatenräte zur Obersten Heeresleitung auf dem Rätekongreß nach Berlin begeben, um in Beratungen mit der Reichsleitung hierüber einzutreten.**

Handelsnachrichten

* **Siemens-Schuckert-Werke, G. m. b. H., in Berlin.** Vom Aufsichtsrat wurde die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr genehmigt. Der Geschäftsgewinn stellt sich auf 26 940 716 (i. V. 26 507 919) ℳ. Nach Abzug der Handlungsunkosten usw. verbleibt ein Reingewinn von 15 837 800 (15 878 705) ℳ, aus dem 9 000 000 ℳ (wie i. V.) als 10 proz. Gewinnanteil an die beiden Gesellschaften Siemens & Halske, Akt.-Ges., und Elektrizitäts-Akt.-Ges. vorm. Schuckert & Co. ausgeschüttet werden.

* **Siemens & Halske, Akt.-Ges., in Berlin.** In der gestrigen Sitzung wurde dem Aufsichtsrat der Rechnungsabschluß per 31. Juli vorgelegt. Danach stellt sich der Geschäftsgewinn auf 17 750 819 (i. V. 17 912 593) ℳ, aus dem nach Verrechnung der Handlungsunkosten usw. ein Reingewinn von 13 964 781 (12 875 262) ℳ verbleibt. Es wird vorgeschlagen, daraus wiederum eine Dividende von 12 Proz. mit 7 560 000 ℳ auszuschütten.

* **Mitteldeutsche Privatbank.** Das Institut errichtet in Dermbach (Thüringen) eine Zweigniederlassung.

* **Vereinigte Preß- und Hammerwerke Dahlhausen-Bielefeld, Akt.-Ges.** In der ordentlichen Generalversammlung wurde die Verteilung einer Dividende von wieder 20 Proz. sowie eines Bonus von 300 (i. V. 200) ℳ beschlossen. Die Verwaltung bemerkte, daß diese Ausschüttung nur infolge der Umsätze, die ein Vielfaches des kleinen Aktienkapitals ausgemacht hätten, möglich gewesen sei. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde der Bankdirektor Wolfsohn.

* **Mechanische Weberei Sorau vorm. F. A. Martin, Akt.-Ges., in Sorau.** Die Verwaltung teilt im Geschäftsbericht für 1917/18 mit, daß das Unternehmen infolge Stillegungsverfügung gezwungen war, nach Aufarbeitung der erhaltenen Heeresaufträge Ende des vergangenen Jahres die Fabrik stillzulegen. Der Betrieb der Nebenwerke (Ziegelei) konnte im Berichtsjahre in sehr beschränktem Umfange wieder aufgenommen werden. Auf Warenkonto wurde ein Gewinn von wieder 0,24 Mill. Mark erzielt. Bei Abschreibungen von 110 000 (83 000) ℳ ergab sich ein Reingewinn von 0,14 (0,17) Mill. Mark, aus dem, wie bereits gemeldet, eine Dividende von wieder 5 Proz. verteilt werden soll.

* **Kölner Baumwollspinnerei und Weberei in Köln.** Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Liquidation der Gesellschaft und den Verkauf der gesamten Einrichtung an die Akt.-Ges. Gebr. Stollwerck in Köln zu einem Kaufpreis von 2,65 Mill. Mark; in diesem sind die Arbeitnehmerrechte nicht mit einbegriffen. Zum Liquidator wurde der bisherige Vorstand ernannt und weiter genehmigt, daß der Aufsichtsrat für die Dauer der Liquidation eine Pauschalvergütung von jährlich 40 000 ℳ erhält.

* **Hofbrauhaus Koburg, Akt.-Ges., in Koburg.** Nach dem Geschäftsbericht für 1917/18 ergab sich ein Bruttogewinn von 807 721 (i. V. 820 670) ℳ. Demgegenüber erforderten Brennstoffe 92 496 (178 437) ℳ, Betriebskosten 86 096 (57 755) ℳ, Gehälter und Löhne 138 061 (121 666) ℳ, so daß nach Abzug verschiedener Posten bei Abschreibungen von 83 000 (77 000) ℳ ein Reingewinn von 233 676 (260 022) ℳ verblieb, aus dem, wie bereits gemeldet, eine Dividende von wieder 15 Proz. verteilt werden soll. Der Bericht des Vorstandes weist auf die bekannten Schwierigkeiten in der Brauindustrie hin. Nur durch den am 1. Oktober 1917 erfolgten Ankauf der Brauerei Heinrich Grasser sowie durch den Erwerb des Braurechtes des Koburg-Bayrischen Grenzbrauhauses, G. m. b. H., gelang es der Gesellschaft, nicht nur die bisherigen Abnehmer, sondern auch die Kunden der genannten Brauereien einigermaßen zu befriedigen. Die an die Uebernahme beider Geschäfte geknüpften Erwartungen haben sich somit erfüllt. Ueber die Aussichten bemerkt die Verwaltung, daß die Beschaffung aller Rohstoffe, insbesondere der Kohlen, von Tag zu Tag schwieriger wird. Löhne und Gehälter werden eine nicht unwesentliche Steigerung erfahren; hierzu tritt noch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Auch für Gerste müssen abermals höhere Preise als im Vorjahr angelegt werden. Aus allen diesen Gründen sieht die Verwaltung mit ernster Sorge in die Zukunft. — In der Bilanz erscheinen u. a. Vorräte mit 109 799 (118 199) ℳ, Wertpapiere mit 255 150 (222 690) ℳ, Außenstände einschließlich Bankguthaben mit 627 487 (550 526) ℳ und Kreditoren mit 195 470 (23 957) ℳ.

* **Dortmunder Aktienbierbrauerei in Dortmund.** Das Unternehmen erzielte, dem Geschäftsbericht für 1917/18 zufolge, einen Bruttogewinn von 1,58 (i. V. 1,68) Mill. Mark. Demgegenüber erforderten Unkosten 235 074 (232 710) ℳ, Anleihezinsen wieder 67 500 ℳ, so daß nach Abschreibungen von 241 786 (325 777) ℳ ein Reingewinn von 964 090 (1 013 008) ℳ verblieb, aus dem bekanntlich eine Dividende von wieder 20 Proz. verteilt werden soll. Zwecks Erwerbs der Aktien der Tremonia-Brauerei E. Lehrkuhl, Akt.-Ges., und Güteroloher Brauerei, Akt.-Ges., erhöhte die Gesellschaft ihr Aktienkapital um 690 000 ℳ. — In der Bilanz stehen u. a. zu Buche Vorräte mit 519 356 (354 591) ℳ, Wertpapiere, Beteiligungen und Darlehnsrechte mit 3 181 990 (1 870 000) ℳ, Schuldner mit 4 808 484 (4 571 202) ℳ und Gläubiger mit 2 770 416 (1 975 049) ℳ.

* **Ein Verband Magdeburger Zuckerfabriken** wurde, wie uns unser ph-Mitarbeiter drahtlich berichtet, gegründet. In diesem Verband, der die Aufgabe hat, die allgemeinen Interessen der Zuckerindustrie zu vertreten und den Regierungsbehörden beratend und beratend zur Seite stehen soll, sind sämtliche Zuckerfirmen Magdeburgs eingetreten.

* **Verlängerung des deutschen Kabelkartells.** Das Kartell, dem die großen Elektrizitätskonzerne als Mitglieder angehören, ist, da eine Kündigung per 31. Dezember nicht erfolgt ist, bis zum 30. Juni 1919 stillschweigend verlängert worden.

Unsere heutige Abendausgabe umfaßt 4 Seiten, die vorliegende Ausgabe 10 Seiten, zusammen **14 Seiten**

Hauptschriftleiter Dr. Erich Ewerth.
Verantwortlich für den politischen Teil Dr. Georg Allmann; für den politischen Nachrichtenteil Felix Simon; für die Handelsleitung Walther Schlabitz; für Leipziger, sächsische Angelegenheiten und Gerichtssaal J. Pollack; für Kunst und Wissenschaft Karl Georg Wickler; für Musik Prof. Eugen Gerstle; für Sport, Bäder und Verkehr Dr. Ernst Scherber. — Für den Anzeigenteil Heinrich Beller.
Druck und Verlag: Leipziger Tageblatt Dr. Reinhold u. Co. Sämtlich in Leipzig.
Berliner Schriftleitung: Dr. Mikosch Rehr. Frankfurter Schriftleitung: Franz Sehrt.